



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Demokratie mitdenken und mitgestalten I: Fachnamen „Politik und Gesellschaft“ an allen Schulen einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bezeichnung „Sozialkunde“ an den weiterführenden Schulen in Bayern, in denen das Fach nicht im Rahmen eines Fächerverbands unterrichtet wird, durch den semantisch breiteren Terminus „Politik und Gesellschaft“ im Rahmen der Einführung des LehrplanPLUS zu ersetzen, um die Komplexität sowie die fächer- und themenverzahnende Konzeption des Leitfachs politischer Bildung auch begrifflich noch stärker abbilden zu können.

Begründung:

Politische Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit dem Ziel, möglichst alle Menschen von jungen Jahren an zu urteilsfähigen, verantwortungsbewussten und engagierten Bürgerinnen und Bürgern unserer demokratischen Gesellschaft zu erziehen. Der Stellenwert politischer Bildung an Bayerns Schulen zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie als übergeordnetes Bildungsziel mit dezidiertem Verfassungsrang verpflichtender Bestandteil des Unterrichts, aber auch des Schullebens ist und im gesamten Fächerspektrum aller Schularten angemessene Beachtung finden muss. Gleichzeitig ist sie eigenständiger Unterrichtsgegenstand insbesondere im Rahmen des Leitfachs Sozialkunde.

Für das neue neunjährige Gymnasium ist bereits eine Änderung des Fachnamens gemäß Anlage 1 der Gymnasialschulordnung (GSO) realisiert.

Doch gilt es zu beachten, dass der Begriff „Politik und Gesellschaft“ die Komplexität des Lernfeldes und die damit verbundenen fächer- und themenverzahnenden Lehrplaninhalte auch an anderen Schularten mit dem eigenständigen Fach „Sozialkunde“ besser abbilden könnte. Mit jenem neuen Begriff ließen sich noch einmal die Aktualität und Relevanz für die heutige demokratische Gesellschaft betonen: Denn ausgehend von der unmittelbaren Lebens- und Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler werden in den politischen Leitfächern aller Schularten zentrale Formen, Regeln und Veränderungsprozesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die demokratischen Grundlagen und die Gestaltung der staatlichen Ordnung sowie Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung auf den unterschiedlichen Ebenen thematisiert. Der Unterricht nimmt auf diese Weise Bezug auf Ereignisse und Entwicklungen, welche die Lernenden unmittelbar betreffen, vom lokalen bzw. regionalen und nationalen Geschehen bis hin zu europaweiten und weltpolitischen Vorgängen. All dies sollte eine Bezeichnung des Leitfachs der politischen Bildung abbilden können.

Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht sinnvoll, den Fachnamen an anderen Schularten entsprechend anzupassen, um gerade die Bedeutung des Faches und des Bildungszieles für die gesamte Gesellschaft mit der neuen Bezeichnung „Politik und Gesellschaft“ zu unterstreichen.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Demokratie mitdenken und mitgestalten II: Schülermitverantwortung (SMV) auch an Grundschulen etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zum schrittweisen und altersgemäßen Aufbau der Schülermitverantwortung (SMV) an Grundschulen als wesentlichen Bestandteil der Demokratieerziehung vorzulegen.

Übergeordnetes Ziel des Konzepts soll es sein, Kinder bereits in jungen Jahren an die Demokratie und demokratische Werte heranzuführen, diese unmittelbar erfahrbar zu machen sowie frühzeitig Interesse auch am späteren Engagement in der SMV an weiterführenden Schulen zu wecken.

Begründung:

Sich einmischen, mitreden, mitgestalten und mitentscheiden: Das ist der Kern der demokratischen Gesellschaft. Daher gehört das Mitspracherecht auch fest an die bayerischen Schulen und ist zudem im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz verankert. Denn Schule ist mehr als die bloße Vermittlung von Kenntnissen und Kompetenzen. Sie hat die Aufgabe, grundlegende Werte zu vermitteln – Werte, die Orientierung im eigenen Leben und in der Gesellschaft bieten. Hierzu gehört auch die Erziehung zu Verantwortungsbewusstsein und Engagement für die Gemeinschaft.

Teilhabe und Mitgestaltungswille lassen sich jedoch in erster Linie als gelebtes Prinzip einüben und verinnerlichen. Vor diesem Hintergrund kommt der SMV an den Schulen eine besondere Bedeutung zu. Denn in deren Rahmen können Schülerinnen und Schüler ihre Interessen und Ansprüche in Entscheidungsprozesse des Schullebens einbringen und die Schulgemeinschaft in wichtigen Gremien wie dem Schulforum oder in der Landesschülerkonferenz vertreten. Das konkrete Mitgestalten des Lernens und Lebens in der Schule hat dabei immer auch etwas mit dem Erlernen von demokratischen Vorgängen zu tun: So erhalten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, Politik und Demokratie an ganz konkreten, überschaubaren Sachverhalten ihrer unmittelbaren Lebenswelt zu erfahren.

Durch den unmittelbaren Bezug zur eigenen Lebenswelt und die Möglichkeit einer Strukturierung nach altersgemäßen Rahmenbedingungen ließe sich die SMV auch an Grundschulen gut und sinnvoll installieren. So könnten bereits zu Beginn des Schullebens Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler geschaffen werden, aktiv zu werden, sich am Schulleben zu beteiligen und dieses dadurch für sich selbst und die Mitschüler wertvoller zu machen.

Zugleich kann durch eine Ausweitung der SMV-Strukturen auf die Grundschule das Interesse, sich zu engagieren, bereits frühzeitig geweckt werden. Die Heranführung in der Grundschule bietet dann auch viele Anknüpfungspunkte für eine SMV-Tätigkeit an weiterführenden Schulen.

Gerade für Schülerinnen und Schüler der Unterstufe an weiterführenden Schulen lässt sich aktives Engagement in der SMV auf diese Weise attraktiver machen – so lassen sich Berührungsängste bereits nehmen, bevor es an eine weiterführende Schule geht. Denn aktuell fühlen sich einige Schülerinnen und Schüler beim Übergang an die weiterführende Schule mit der neuen Struktur zunächst überfordert und haben das Gefühl, die SMV wäre eher für die älteren Mitschüler oder sie wissen noch gar nicht genau, was die SMV ist und zeigen deshalb weniger Interesse. Einige Schulen haben hierauf auch mit der Gründung einer Mini-SMV reagiert, um den jüngeren Schülerinnen und Schülern den Einstieg zu erleichtern und gerade hier finden sich sicherlich auch Anknüpfungspunkte und Anregungen für eine Ausweitung auf die Grundschulen.

Die Weiterentwicklung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auch an Grundschulen ist insgesamt als Beitrag zur Stärkung der Demokratieerziehung, der Persönlichkeits- und Wertebildung zu verstehen. Dabei ist die SMV als gelebte Demokratie an unseren Schulen gerade bei den jüngsten Schülerinnen und Schüler von Bedeutung, denn irgendwann werden diese „Kleinen“ vielleicht auch die SMV an den weiterführenden Schulen bilden und das Schulleben mitgestalten: Und aus diesen Schülerinnen und Schülern sollen wiederum mündige, engagierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger unserer demokratischen Gesellschaft werden – doch hierfür braucht es von Beginn an gelebte Demokratie an Bayerns Schulen.



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Demokratie mitdenken und mitgestalten III: Schule als demokratischen Lebensraum stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Schulen sowohl konzeptionell als auch organisatorisch dabei zu unterstützen, Schulparlamente einzurichten und durchzuführen und den Schulen in diesem Zusammenhang auch Informationen über die mögliche Organisation, Modelle und Chancen von Schulparlamenten, sowie konkrete Umsetzungshilfen zur Verfügung zu stellen.

Zudem sollte geprüft werden, ob das Schulparlament als Gremium gelebter Demokratie an Schulen mittelfristig auch im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) verankert werden kann.

Begründung:

Schulen haben bereits heute die Möglichkeit, ein Schulparlament einzurichten und damit eine Plattform für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch, sowie die Diskussion von Fragen des schulischen Lebens und Lernens zu schaffen. Das Gremium kann dabei als eine Art vergrößertes Schulforum verstanden werden, ist jedoch kein Mitbestimmungsorgan mit eigenen Kompetenzen, wie etwa Elternbeirat oder Schulforum.

Schulen, die bereits Erfahrung mit der Einrichtung eines Schulparlaments gemacht haben, sehen in einem solchen Gremium erheblichen Mehrwert: So eröffnet das Schulparlament Raum für einen noch intensiveren und vertrauensvolleren Austausch der verschiedenen Vertreter der Schulfamilie, als dies das Schulforum allein leisten kann. Diskussionen und Abstimmungen im Schulparlament können folglich als Grundlage für Aussprachen und Beschlüsse des Schulforums dienen, beispielsweise wenn es um interne und externe Schulentwicklungsprozesse, Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen, Kooperationen mit Partnern und Institutionen, Informations- und Beratungssysteme u. Ä. geht. Zudem wird als positiv hervorgehoben, dass Sitzungen stets öffentlich stattfinden und Tagesordnungen und Sitzungsprotokolle allgemein bekanntgegeben werden, sodass die gesamte Schulfamilie von transparenten und nachvollziehbaren Entscheidungen profitieren kann.

Schulparlamente können durch den größeren Freiraum für Austausch, Diskussionen und Entscheidungsprozesse einen wesentlichen Beitrag zu gelebter Demokratie und Demokratieerziehung an den Schulen leisten. Gleichzeitig stellt die Realisierung eines Schulparlaments die Schulen aber auch vor Herausforderungen – dies gilt umso mehr bei der erstmaligen Einrichtung einer solchen Versammlung. Um Hemmnisse, aber

auch mögliche Vorbehalte gegenüber einem solchen Gremium zu vermeiden und möglichst viele Schulen zur Einrichtung zu motivieren, sollte hier vonseiten der Staatsregierung noch stärker Aufklärungsarbeit über mögliche Modelle, die Organisation und Durchführung sowie rechtliche Rahmenbedingungen geleistet werden. Nur wenn ausreichend Unterstützungsmaßnahmen und Umsetzungshilfen zur Verfügung gestellt werden, lässt sich auch ein möglichst einfacher Zugang, sowie breite Akzeptanz unter Schulleitern, Lehrkräften, Schülern und Eltern schaffen. Zugleich sollte auch erwägt werden, ob man ein solches Unterstützungsprogramm mit einer Verankerung im BayEUG begleiten und damit die Bedeutung des Gremiums auch auf gesetzlicher Ebene herausstellen könnte.

Nimmt man die Schulen als demokratischen Lern-, aber auch Lebensraum, in dem junge Menschen ihre Persönlichkeit entfalten können, ernst, so muss ihnen hier auch die Möglichkeit geboten werden, sich als aktives Mitglied in die Gemeinschaft einzubringen und an Entscheidungen mitzuwirken. Die organisatorische und konzeptionelle Unterstützung von Schulparlamenten, aber auch deren gesetzliche Verankerung wäre ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung von Mitbestimmungs- und Partizipationsmöglichkeiten an den Schulen. Nicht zuletzt kann dieses Gremium bereits frühzeitig bei den Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein dafür schärfen, dass Demokratie und demokratische Entscheidungsprozesse immer auch von Aushandlung und Kompromissen getragen sind.